



HESSISCHER LANDTAG

05. 12. 2017

Plenum

Antrag der Fraktion DIE LINKE

betreffend Familien gehören zusammen - Familiennachzug zu Geflüchteten ermöglichen!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Hessische Landtag stellt fest, dass die Aussetzung des Familiennachzugs zu Flüchtlingen mit subsidiärem Schutzstatus völlig unverantwortlich ist und zurückgebliebene Familienangehörige dazu zwingt, sich auf lebensgefährliche Fluchtrouten zu begeben, die viele nicht überleben.

Der Hessische Landtag begrüßt daher die gemeinsame Initiative der Diakonie Hessen und der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau zum Familiennachzug und unterstützt deren Forderung, dass allen Schutzberechtigten erlaubt werden muss, ihre Angehörigen nachzuholen. Die Familienzusammenführung muss beschleunigt und in anderen europäischen Ländern gestrandeten Familienmitgliedern die Einreise zeitnah ermöglicht werden.

Der Hessische Landtag teilt die Auffassung des früheren Bundesarbeits- und Sozialministers Norbert Blüm (CDU), wonach das Verbot von Familiennachzug einer "staatlich erzwungenen Scheidung" gleichkommt und es inakzeptabel ist, tatenlos zuzusehen, "wie Menschen ihr Leben, Eltern ihre Kinder und Kinder ihre Eltern verlieren".

Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, ihren Einfluss im Bund dahin gehend geltend zu machen, dass die Aussetzung des Familiennachzugs zu Geflüchteten mit eingeschränktem Schutzstatus nicht über den 16. März 2018 hinaus verlängert wird.

Zudem fordert der Hessische Landtag die Landesregierung angesichts der weiterhin dramatischen Lage für syrische Flüchtlinge auf, das 2015 beendete hessische Aufnahmeprogramm für syrische Flüchtlinge neu aufzulegen und auf diese Weise Einreisen von Personen, die eine Aufnahme durch ihre in Hessen lebenden Verwandten wünschen, wieder zu ermöglichen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 5. Dezember 2017

Die Fraktionsvorsitzende:
Wissler